

Die englische auswärtige Politik.

London, 23. August. (Unterhaus.) In seinen Ausführungen über die auswärtige Politik sagte Lord Cecil: Ich kann unbedingt erklären, daß Eröffnungen über den Frieden der englischen Regierung nicht gemacht worden sind. Es gibt nur einen einzigen Weg, auf dem Friedens-eröffnungen gemacht werden können, dies ist durch die Mitteilung seitens einer feindlichen Regierung an unsre Regierung. Wenn irgendeine solche Mitteilung stattfände, würden wir, denke ich, zuerst mit unsern Alliierten beraten, aber es fand keine solche Eröffnung in irgendeiner Form statt. Wenn es geschieht, so wird es, wie ich sagte, unsre Pflicht sein, mit den Alliierten darüber zu Räte zu gehen. Ich halte es nicht für wünschenswert, sich mit dieser Frage irgendwie weiter zu befassen.

Was die Lage auf dem Balkan betrifft, so glaube ich, daß gegenwärtig in dieser Beziehung die militärischen Operationen, die in Saloniki begannen, von wesentlichstem Interesse sind. Ueber diese irgend etwas in diesem Hause zu sagen, würde, das ist ganz klar, für mich durchaus unangebracht sein.

Die Haltung gegenüber Griechenland.

Was unsre Haltung gegenüber der griechischen Regierung betrifft, so hat das Haus davon Kenntnis, daß es vor kurzem für uns unbedingt notwendig wurde, an die griechische Regierung bestimmte Forderungen zu stellen. Sie wurden gestellt im Einvernehmen mit unsern Alliierten und wurden angenommen, wie das Haus weiß. Die Regierung Skuludis wurde entlassen und eine neue Regierung zur Macht berufen unter dem Vorsitz von Zaimis, der ein allgemein geachteter Mann in Griechenland ist und der nicht, wie sonst dort üblich, an der Parteipolitik beteiligt ist. Er ist der Mann, der große Achtung genießt und großen Einfluß hat, und unsre Beziehungen mit seiner Regierung sind, soviel ich weiß, zu einem durchaus befriedigenden Schluß gekommen.

Die Politik der schwarzen Liste.

Die Politik der schwarzen Liste war einfach die, daß unser Land es für vernünftig hielt, daß sein Eigentum, sein Kredit und seine Schifffahrt nicht zur Verfügung seiner Feinde gestellt werden sollten, und daß seine Untertanen und Bürger dazu angehalten werden sollten, nicht mit gewissen Personen Handel zu treiben, wenn sie durch eine solche Handlungsweise die Feinde unsres Landes unterstützen und die Macht des Feindes erhöhen, so daß ihre Soldaten unsre eigenen Soldaten töten. Er glaube nicht, daß irgendein Land, einschließlich der Vereinigten Staaten von Amerika, unter ähnlichen Umständen gezwögert hätte, die gleiche Politik zu befolgen. Er sei überzeugt, daß, wenn diese Politik verstanden würde, der Tadel über sie als auf falscher Auffassung beruhend und als unwesentlich erkannt werden würde, und daß die Kritiker einsehen würden, daß die Regierung bei dem, was sie tat, lediglich die Pflicht von Ministern eines Landes erfüllte, das in einen großen Krieg verwickelt ist.

England und Holland.

Ueber den niederländischen Ueberseetrust sagte Cecil, es bestehe aller Grund zur Annahme, daß er im ganzen genommen gut arbeite. Einiges Durchsichern könne nicht vermieden werden. Es sei da eine flache Grenze ohne jedes natürliche Hindernis mit sehr hohen Preisen auf der einen und großen Vorräten auf der andern Seite. Was man auch für Vorsichtsmaßregeln treffe, es würde doch einige Schmuggerei geben. Natürlich könne die britische Regierung der holländischen nicht vorschreiben und wolle ihr nicht vorschreiben, was für Schritte sie zu unternehmen habe. Das liege bei den Holländern, und er müsse sagen, daß ihre Gesetze gut gefaßt seien, um den Schmuggel zu unterbinden. Es sei ihre Sache, dafür zu sorgen, daß diese Gesetze ordnungsgemäß ausgeführt werden. Wenn irgendein Mangel bei der Ausführung zu seiner Kenntnis gebracht werden sollte, werde er nach Möglichkeit dafür sorgen, daß dieser der niederländischen Regierung mitgeteilt würde. Im allgemeinen habe der Trust gut gearbeitet.

Aber es sei da ein Punkt in der Lage Hollands, der der Regierung große Sorge mache. Holland sei, was seine Landwirtschaft betreffe, ein ausführendes Land, und vor dem Kriege habe es eine beträchtliche Menge seiner Erzeugnisse in verschiedener Gestalt ausgeführt. Unzweifelhaft führte es vor dem Kriege einen viel größeren Teil nach England aus als seither. Die Holländer seien ein kaufmännisches Volk. Sie könnten in Deutschland sehr viel höhere Preise erzielen als im Vereinigten Königreich und in den alliierten Ländern. Deshalb verkauften sie ihre Waren nicht. Das sei vom britischen Standpunkt aus keine befriedigende Lage. In einigen Waren habe England bei Beginn des Jahres fast die ganze Einfuhr aus Holland verloren. Das sei durchaus nicht befriedigend und sei entschieden eine schwierige Frage. Er könne dem Hause nicht genau sagen, was die Regierung tat, um mit ihr fertig zu werden, aber er könne dem Hause versichern, daß die Dinge sehr viel besser ständen als bisher. In den letzten Wochen sei eine entschiedene Besserung eingetreten; er habe Veranlassung zu der Hoffnung, daß die Besserung in Zukunft nicht geringer sein werde als bisher, und die Engländer würden nicht sehr viel Anlaß zu Klagen haben im Vergleich zur Lage vor dem Kriege. Er wolle nicht versprechen, daß England befriedigt sein werde, denn er werde niemals befriedigt sein, solange ein Krümmer an Lebensmitteln nach Deutschland gelange. Die Regierung habe die sehr schwierige Sache von einer Reihe von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachten müssen. Sie bemühte sich, den Fischmengen eine Grenze zu setzen, die aus Norwegen und Holland nach Deutschland gelangten, und er glaube, daß die ergriffenen Maßregeln im ganzen ihren Zweck erfüllen.